Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3627

31. 01. 96

Änderungsantrag

der Abgeordneten Horst Sielaff, Dr. Gerald Thalheim, Anke Fuchs (Köln), Ernst Bahr, Christel Deichmann, Annette Faße, Reinhold Hemker, Lothar Ibrügger, Ilse Janz, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Werner Labsch, Kurt Palis, Dr. Hermann Scheer, Dr. R. Werner Schuster, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Matthias Weisheit, Verena Wohlleben, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)
– Drucksache 13/3308 –

1. **zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**
   – Drucksache 13/1401 –

   zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

2. **zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**
   – Drucksache 13/1385 –

   zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung auf Drucksache 13/3308 wird wie folgt gefaßt:

„Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/1401 und 13/1385 – für erledigt zu erklären,
2. folgende Entschließung anzunehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   – Der deutschen Landwirtschaft sind 1995 durch die Aufwertung der Grünen Kurse nach Auflassung der Bundesregierung beträchtliche Einkommensverluste entstanden.

- Die Bundesregierung hat sich jedoch geweigert, auch nur annäherungsweise die Währungsverluste nach Höhe und Verteilung auf die Betriebsformen als Grundlage für ihre Ausgleichspolitik nachzuweisen.

- Übereinstimmung bestand darin, die währungsbedingten Einkommensverluste rasch und mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand auszugleichen.

- Obwohl schon bald feststand, daß der von der Bundesregierung favorisierte Lösungsweg, über die Mehrwertsteuer den Ausgleich herbeizuführen, in Brüssel bei der EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten im Rat der Agrar- und Finanzminister nicht durchsetzbar war, hat die Bundesregierung daran viel zu lange festgehalten und dadurch wertvolle Zeit verloren. Bis heute warten die landwirtschaftlichen Familien auf den Ausgleich ihrer währungsbedingten Einkommensverluste.

- Die jetzt für 1996 von der Bundesregierung vorgesehene zusätzliche Mittelvergabe in Höhe von 415 Mio. DM im Bereich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung als Ersatz für den Ausgleich währungsbedingter Einkommensverluste ist ungerecht, da sie ebenfalls nicht bei den wirklich Währungsgeschädigten ansetzt. Diese Mittelverteilung auf der Grundlage der Nettobeitragsbelastung hat nichts mit den tatsächlichen Währungsverlusten zu tun.

- Aus diesen Gründen hat sich die Bundesregierung auch geweigert, die dieser Verteilung zugrundeliegenden Berechnungen offenzulegen.

- Im Ergebnis führt diese Verteilung zu einer Ungleichbehandlung von landwirtschaftlichen Unternehmen gleicher Größe insbesondere zwischen den neuen und alten Ländern und zu einer deutlichen Bevorzugung landwirtschaftlicher Unternehmen in Gebieten mit hohem Unfallrisiko.

- Die deutsche Landwirtschaft ist in großen Teilen durch eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt gekennzeichnet. Angesichts dieser Situation und der angespannten Haushaltslage ist es dringend geboten, die jetzt und in Zukunft für die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden knappen öffentlichen Mittel gezielt zum Ausgleich tatsächlich entstandener währungsbedingter Einkommensverluste und zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft auch vor dem Hintergrund der Weiterführung der EU-Agrarreform, der Osterweiterung der EU und der GATT/WTO-Disziplinen zu verwenden.

- Unbürokratische, dafür aber ungezielte Hilfen können nicht alleinige Richtschnur der Förderpolitik sein. Die Hilfen dürfen nicht einfach versickern. Sie müssen die zentralen Ziele der Agrarpolitik, eine wettbewerbsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche Landbewirtschaftung zu schaffen, unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die tatsächlich währungsbedingt entstandenen Einkommensverluste auszugleichen und den landwirtschaftlichen Familien zu ihrer Existenzsicherung das dafür von Brüssel zur Verfügung gestellte Geld jetzt rasch zukommen zu lassen;
- mit den zusätzlich national zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln vorrangig einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Produktion und Vermarktung zu leisten und damit direkt Investitionen zur Erhaltung und zum Ausbau ländlicher Wertschöpfung und Beschäftigung anzustoßen;
- in Zukunft im Interesse der Sicherung und des Ausbaus des Agrarstandortes Deutschland und im Interesse der Entwicklung ländlicher Räume und Dörfer die zur Verfügung stehenden Fördermittel für investive und nicht für konsumtive Zwecke einzusetzen;
- die Förderpolitik gezielt zugunsten von Landwirtschaft und ländlichem Raum schon jetzt und in Zukunft so zu gestalten, daß unsere landwirtschaftlichen Unternehmen für den Wettlauf um die Märkte bei Fortführung der Reformpolitik der EU, der Osterweiterung der EU und der weiteren Öffnung unseres Agrarmarktes im Rahmen der zukünftigen GATT/WTO-Verhandlungen gerüstet sind und gleichzeitig in der Lage sind, umweltverträglich zu wirtschaften."

Bonn, den 31. Januar 1996

Horst Sielaff
Dr. Gerald Thalheim
Anke Fuchs (Köln)
Ernst Bahr
Christel Deichmann
Annette Faße
Reinhold Hemker
Lothar Ibrügger
Ilse Janz
Ernst Kastning
Marianne Klappert
Werner Labsch
Kurt Palis
Dr. Hermann Scheer
Dr. R. Werner Schuster
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Jella Teuchner
Matthias Weisheit
Verena Wohlleben
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333